

## **Initiativantrag**

### **der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Maßnahmenpaket hinsichtlich gemeinschaftliche Gewalt (Jugendbanden)**

**Gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

#### **Resolution**

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung für effektive Maßnahmen gegen Jugendkriminalität einzusetzen. Insbesondere soll durch Änderungen des Strafrechts, des Sicherheitspolizeigesetzes und des Jugendstrafrechts die Strafbarkeit auch für gemeinschaftliche Gewalt (Bandentätigkeit) ohne Rücksichtnahme auf das Lebensalter und Umfang der kriminellen Handlungen, vor allem jedoch bei Widerstand und Gewalt gegen staatliche Sicherheitsorgane, ausgedehnt werden.

#### **Begründung**

Die Jugendphase ist prägend für das gesamte weitere Leben und bedarf daher eines besonderen Stellenwerts in der gesellschaftlichen Betrachtung. Die Schnelllebigkeit und Komplexität der heutigen Welt bergen auch Gefahren und Unsicherheit. Gerade das Internet ist ein filterloser Nährboden für Radikalisierungen aller Art. Die Rahmenbedingungen und die Gefährdungslagen unserer Jugendlichen haben sich somit in den letzten Jahren grundlegend geändert.

Die jüngsten Vorfälle rund um die Halloween Nacht in der Linzer Innenstadt haben gezeigt, dass es bei Teilen der Jugendlichen an Sensibilisierung und einem Wertekatalog fehlt, die in einer gewaltfreien Gesellschaft unabdingbar sind. Die Politik ist gefordert, neben Präventionsmaßnahmen auch wirksame Maßnahmen zu setzen, um dies zu ändern.

Strafrechtlich relevante Handlungen müssen von der Strafverfolgung erfasst sein. Diesbezüglich soll eine Ausweitung des § 274 des Strafgesetzbuches an die neuen Herausforderungen erfolgen und die Voraussetzungen für die Erfüllung dieses Tatbestands verringert werden. Weiters bedarf es Änderungen des Jugendstrafrechts und des Sicherheitspolizeigesetzes (Hooliganparagraph), um auf die aktuellen Problemstellungen reagieren zu können. Unabhängig vom Lebensalter, von der Gruppengröße und vom Umfang der kriminellen Handlungen (auch leichte Sachbeschädigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt) muss eine rechtliche Handhabe durch Polizei und Justiz sichergestellt werden.

Linz, am 8. November 2022

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Dörfel, Oberlehner, Stanek, Ecker, Mader, Raffelsberger, Nell, Zehetmair, Aspalter, Naderer, Scheiblberger, Rathgeb, Lengauer**

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Mahr**